



# Das Reichsbanner

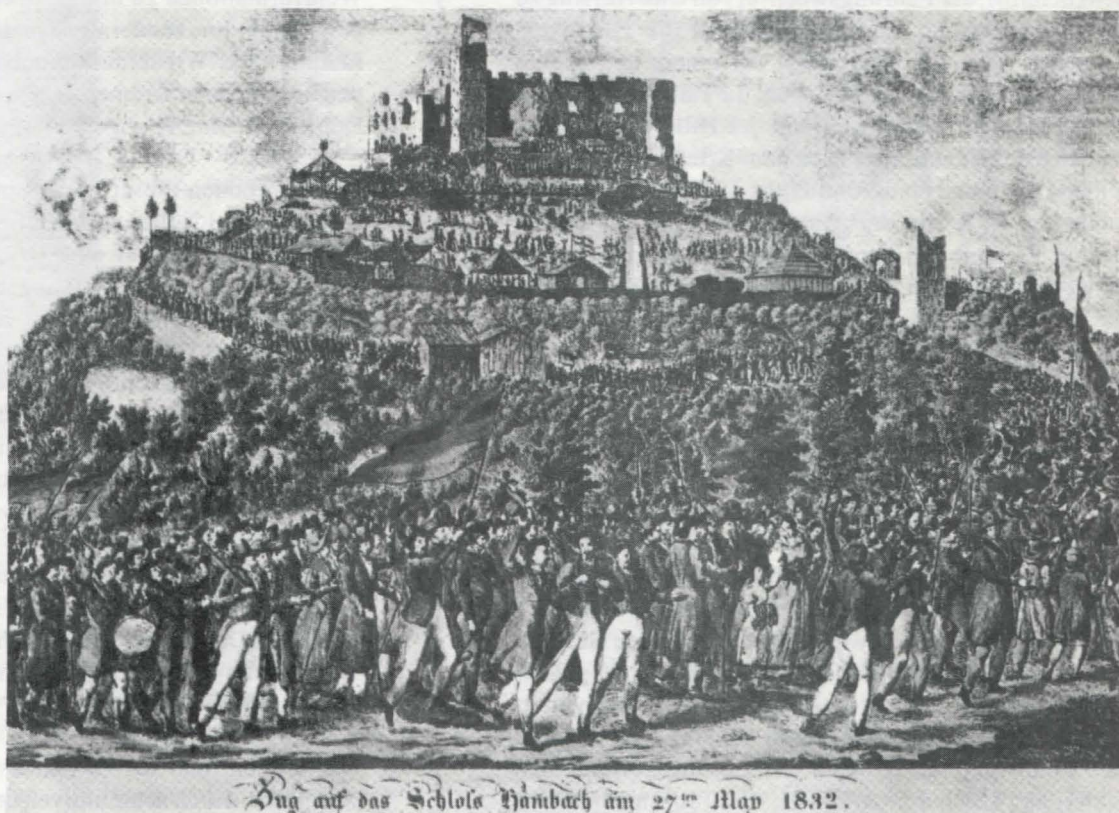
FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 2 38. Jahrgang Mai 1994

- 1924 in Magdeburg gegründet -

## 70 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Einladung zur Jubiläumsfeier



Am 27. Mai 1832 demonstrierten Freiheitskämpfer zum „Hambacher Fest“ erstmals mit den Fahnen Schwarz-Rot-Gold – den Farben unseres Reichsbanners.

**Am Samstag, dem 28. Mai 1994 findet um 14.00 Uhr im Bürgerhaus Bornheim, Frankfurt am Main, Raum 1, I. Stock (U-Bahn-Linie 4, Haltestelle Höhenstraße/Bergerstraße) die Jubiläumsfeier des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unter dem Motto „70 Jahre Kampf für Freiheit, Recht und Demokratie“ statt.**

Schwarz-Rot-Gold waren bereits die Farben der Freiheitskämpfer, als diese 1832 zum „Hambacher Fest“ erstmals mit den Fahnen „Schwarz-Rot-Gold“ gegen Fürstentherrschaft demonstrierten. Seit 70 Jahren sind Schwarz-Rot-Gold auch die Farben unseres Reichsbanners. In der Weimarer Zeit wurde bei den großen, ein-

drucksvollen Aufmärschen das Reichsbannerlied gesungen. Millionenfach erklang damals:

*„In Kümmeris und Dunkelheit, da mußten wir sie bergen! Nun haben wir sie doch befreit, befreit aus ihren Särgen! Ha, wie das blitzt und rauscht und rollt! Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold, golden flackert die Flamme!“*

Die Jubiläumsfeier gibt mit einer Ausstellung über die wichtigsten Etappen unseres Reichsbanners zugleich einen Einblick in unsere geschichtliche Entwicklung – zuletzt in der Eisernen Front mit über 3 1/2 Millionen Mitgliedern.

Festreden, Musik und Gesang werden einen würdigen Rahmen unseres 70-jährigen Jubiläums und der Präsentation unserer Öffentlichkeitsarbeit zur Festigung und zum Ausbau unserer jungen Demokratie bilden.

Gerade heute, wo die Gewalttaten der Ewig-Gestrigen und der Neo-Nazis wieder aufleben, ist unser Reichsbanner wieder mehr denn je notwendig. Wir glauben unver-

ändert an die moralische Kraft des Menschen und seine Fähigkeit, alle wirtschaftlichen und sozialen Zwänge abzubauen. In unserer Jubiläumsfeier am 28. Mai soll dies zum Ausdruck kommen, und wir hoffen auf zahlreichen Besuch von Freunden und Gästen. Herzlich willkommen!

Ein Programm erhält jeder Teilnehmer am 28. Mai im Bürgerhaus Bornheim. A.K.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

### Kampf aus der Erinnerung und gegen das Vergessen

Als am 23. Februar 1924 das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unter seinem ersten Bundesvorsitzenden Otto Hörsing gegründet wurde, war noch nicht abzusehen, welch bewegte und zum Teil tragische Geschichte diese Organisation im Verlauf von 70 Jahren erfahren würde. Als wesentliche Etappen lassen sich bestimmen: Die Veranstaltungen zum Verfassungstag, die Bildung der Eisernen Front 1930, die Gründung der Schutzformationen (Schufo), der Führungswechsel von Otto Hörsing zu Klaus Höltermann, das Verbot durch die Faschisten zwischen März und Mai 1933, der innere und äußere Widerstand gegen die Faschisten, die Emigration vieler Kameraden, die Opfer während der Hitlerdiktatur, der Versuch des Neuanfangs nach dem Kriege, die regionalen und örtlichen Neugründungen im Westen Deutschlands (so in Berlin der „Freiheitsbund“ 1951 und in Bremen eine Reichsbannergruppe 1953), die erneute Unterdrückung in der DDR, die Neugründung des Bundes in den sechziger Jahren, die Neuorientierung zum Bund aktiver Demokraten unter dem verstorbenen Bundesvorsitzenden Walter Hesselbach.

Eine kritische Gesamtdarstellung dieser Geschichte und dieser ehemaligen Massenorganisation aus Sicht des Reichsbanners fehlt uns heute sehr. Es ist eines der heutigen Defizite, daß sich in den aktuellen Geschichtsbüchern über diese wichtigen geschichtlichen Erfahrungen kaum ein Satz findet, obwohl in ihr Millionen von Bürgern involviert waren. In einer solchen Gesamtdarstellung müßten z.B. so aktuelle Themen abgehandelt werden, wie der Vorschlag des ersten Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Otto Hörsing, der schon in den zwanziger Jahren unter der Losung „Arbeit statt Untergang“ sich für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aussprach. In ihr könnte und müßte auch dargestellt werden, wie es damals gelang, eine massenhaft parteiübergreifende Organisation zum Schutze des Staates und der Demokratie zu schaffen. In ihr müßte auch dokumentiert werden, daß die Vokabel über die Weimarer Republik, sie sei eine „Republik ohne Republikaner“ gewesen, nicht den historischen Tatsachen entspricht. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist der deutlichste Gegenbeweis. Wer über 3 Millionen Mitglieder organisierte, wer in der Eisernen Front über 11 Millionen Bürger und Bürgerinnen zum Schutz eines demokratischen Staates bewegte, der hat bewiesen, daß ein demokratisches Potential in der Bevölkerung zu mobilisieren und zu organisieren möglich ist.

Welche Aufgaben hat das Reichsbanner heute? Mit der Orientierung auf ein Forum aktiver Demokraten durch Walter Hesselbach, unseren letzten Bundesvorsitzenden, hat das Reichsbanner sich der heutigen politischen Situation angepaßt. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat, und wer dies nicht achtet, dem müssen staatliche Organe die Gewaltmittel nehmen. Es gibt keinen Grund, außerhalb staatlicher Institutionen bewaffnete Schutz- und Wehrformationen zu bilden. Wer dies dennoch tut, arbeitet nicht für, sondern gegen die demokratische Verfassung. Das Wiederaufkommen von Wehrsportgruppen in der rechtsextremen Szene macht deutlich, daß die Demokratie immer wieder von Neuem gefährdet ist.

Der Nährboden dieser paramilitärischen Formationen ist aber eine Ideologie, die auf Spaltung der Bevölkerung angelegt ist, auf eine Orientierung nicht an der Verfassung, sondern nach angeblich angeborenen Eigenschaften und angeblichen Rechten, andere Menschen und Völker ausgrenzen, demütigen und beherrschen zu dürfen. Wohin diese Ideologie führt, das können unsere Kameraden anhand ihrer eigenen Geschichten bezeugen. Aus den Erinnerungen und Erfahrungen unserer Kameraden wird nicht nur eine Traditionspflege betrieben, das Reichsbanner ist vor allem eine wichtige Institution gegen das Vergessen. Wir haben nicht vergessen, das eine der wesentlichen Wurzeln des Faschismus in der wirtschaftlichen und sozialen Not der Menschen lag. Das Reichsbanner mahnt deshalb auch heute: Wer Massenarbeitslosigkeit hinnimmt, gefährdet die Demokratie.

Wir wollen, daß dieser bundesrepublikanische Staat wesentlich durch seine aktiven demokratischen Bürger, unabhängig von den politischen Gegensätzen, nicht Feindschaften, in Einzelfragen gestaltet wird.

Angeichts der neuen rechtsextremistischen Bewegungen, ob in legalen, halblegalen oder illegalen Formen, und deren Gewalttaten sind wir herausgefordert, gegen jene Stimmenfänger uns zu organisieren, die mit vereinfachten Parolen die todbringenden Rezepte aus der Vergangenheit wieder populär machen wollen. Wer sich, wie unsere älteren Kameraden, daran erinnert, wohin diese Parolen geführt haben, der kann der Jugend durch seine geschilderten Erfahrungen vermitteln, daß solche Wege in die Irre führen. Das ist die eigentliche Aufgabe des Reichsbanners, die jungen Menschen als aktive

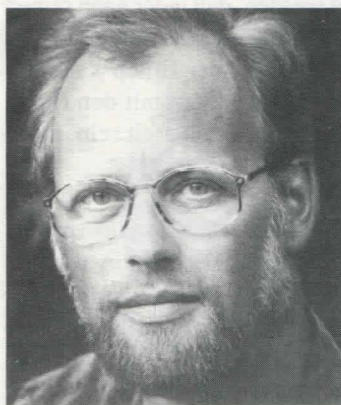
Demokraten zu gewinnen. Für viele scheint dies, angesichts der Politikverdrossenheit, unmöglich. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat aber in einer sehr viel schwereren Zeit bewiesen, daß dies möglich ist. Wir müssen uns daran erinnern, damit die Zukunft nicht schon fehlerhaft beginnt.

Das Reichsbanner weiß auch durch seine eigene Geschichte, wie hart um Worte gerungen wird und wie aus hehren Worten üble Taten wurden. Die Nationalsozialisten waren sowenig Sozialisten, wie die heutigen „Republikaner“ wirkliche Republikaner sind. Auch hier ist das Wissen der Kameraden im Reichsbanner dringend gefragt, damit diese Begriffe nicht von den politischen Verführern besetzt und mißbraucht werden.

Viele Kameraden erleben unter der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Krise parallele Erscheinungen zu den zwanziger und dreißiger Jahren; ihre Erfahrungen sind daher umso nötiger und dringender denn je. Wir wollen in Zukunft mehr denn je ein Forum aktiver Demokraten sein, auf dem die Erfahrungen und die Erinnerungen aus unserer Geschichte zum Kampf gegen das Vergessen genutzt werden und auf dem die Generationen miteinander diskutieren, wie der Schutz der freiheitlich-demokratischen Verfassung vor den Feinden der Demokratie durch aktives Engagement verstärkt wird.

A. Matwejew

## Interview mit dem SPD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping



*Rudolf Scharping*

*Frage: Nach unserer Ansicht hat die SPD insbesondere in den schwersten Schicksalsstunden unserer Nation stets die richtige Entscheidung getroffen. So verdankt es Deutschland Ebert und auch Scheidemann, daß wir im November 1918 keine kommunistische Räterepublik wurden, sondern daß ein demokratischer Staat entstand. Als einzige Partei*

*stimmte die SPD im März 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz und verlor, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, nicht ihre Ehre. Auch nach 1945 zeigten in der damaligen Ostzone viele Sozialdemokraten Rückgrat und nahmen in der vordersten Front den Kampf gegen die kommunistische Diktatur auf.*

*Warum wuchert die SPD nicht mit diesen Pfunden?*

Ich gehe davon aus, daß alle Repräsentantinnen und Repräsentanten der SPD die Tatsache, daß unsere Partei immer gegen Unterdrückung und Diktatur gestanden hat, bei allen entsprechenden Gelegenheiten deutlich machen. Ich selbst habe erst kürzlich bei unserer Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl gesagt: „Laßt bitte nie in Vergessenheit geraten, diese Partei hat Deutschland immer eine sichere soziale und friedliche politische Perspektive gegeben. Wir waren nie beteiligt, wenn es um Krieg und Unterdrückung ging“. In der ehemaligen DDR hat sich - insbesondere auf kommunaler Ebene - eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die mit ihrer Person für den Kampf gegen die kommunistische Diktatur stehen, auch jetzt wieder zum Engagement in und mit unserer Partei bereitgefunden. Sie verdeutli-

chen in besonderer Weise die Kontinuität unseres Einsatzes für die Demokratie.

*Frage: In unserer Satire „Ein wahres Märchen aus Deutschland“ zeigt sich, und so ist es leider auch in Wirklichkeit, daß die Anpasser an die jeweiligen Diktaturen immer besser wegkommen als die Widerstandskämpfer. Sehen Sie das auch so?*

In dieser Allgemeinheit möchte ich das nicht stehenlassen. Immerhin haben gerade Mitglieder unserer Partei, die im Widerstand tätig waren oder ins Exil fliehen mußten, später unser Land und unsere Partei an höchster Stelle vertreten. Richtig ist allerdings - was leider auch in der ehemaligen DDR zu beobachten ist - daß heute Mitläufer, zum Teil auch Mittäter der Diktatur über Ausbildung, Organisationsstruktur, Kenntnisse von Personen und Hintergründen verfügen, die ihnen gegenüber denjenigen, die gewissermaßen bei Null anfangen müssen, schnell wieder Vorteile verschaffen. Dem versuchen wir entgegenzuwirken; die Einflußmöglichkeiten der Politik sind hier aber begrenzt.

*Frage: Nach der Zerschlagung des Hitlerregimes traten in der damaligen SBZ insbesondere viele junge Menschen, so auch wir, der SPD bei. Es waren in der Regel idealistische Gründe, die sie dazu bewogen, denn sie sahen in der SPD die einzige Kraft, die entschieden gegen die sich abzeichnende kommunistische Diktatur kämpfen würde. Heute kann man sich nicht gegen den Eindruck wehren, daß allein Karrieregründe bei den meisten für einen Parteieintritt maßgebend sind. Dies nicht nur bei der SPD.*

*Sehen Sie das auch so, und was ist dagegen zu unternehmen?*

Auch dies möchte ich so allgemein nicht stehen lassen. Gerade in dieser Zeit, in der politisches Engagement in Parteien in der öffentlichen Meinung nicht gerade hoch im Kurs steht, kann man bei den allermeisten, die ihre

Zeit und ihre Kraft in die politische Arbeit einbringen, von einer gehörigen Portion Idealismus ausgehen. Das bestätigen mir auch viele Gespräche: Wer sich in der SPD engagiert, tut dies, damit es in dieser Gesellschaft wieder gerechter, solidarischer und friedlicher zugeht und damit die Bedingungen für umweltgerechtes Wirtschaftswachstum verbessert werden.

*Frage: Wir sind der Ansicht, daß die Auswahl der Delegierten, die später die Politik der Parteien bestimmen, sehr zu wünschen übrig läßt. Bei der Wahl der Delegierten nehmen doch in der Regel gerade 10-20% der Mitglieder teil. Die Masse der Mitglieder ist es leid, an sogenannten Mondscheinsitzungen teilzunehmen bzw. sich das ewige Bla-Bla anzuhören. Wären hier z.B. bei der Auswahl der Kandidaten für die Bundestagswahl nicht Veränderungen angebracht?*

Auf unserem Wiesbadener Parteitag haben wir Wegweisendes zur Parteireform beschlossen. Danach kann über Kandidaturen, z.B. für den Bundestag die Mitgliederversammlung entscheiden. Danach sollen bei der Aufstellung von Kandidatenlisten für Parlamente mindestens zwei der ersten 10 aussichtsreichen Plätze für „Seiteneinsteiger“ zur Verfügung stehen. Generell sind die Einwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Mitglieder vergrößert und neue Formen der Parteiarbeit entwickelt worden, die politische Arbeit interessanter machen.

*Frage: In Gesprächen mit noch nicht ganz politikverdrossenen Mitbürgern verstärkt sich bei uns der Eindruck, daß bei der kommenden Bundestagswahl die Partei die größte Chance hat, die entschlossen gegen die ständig zunehmende Kriminalität vorgeht, die Arbeitslosigkeit nicht nur mit Worten bekämpft und mehr für den Wohnungsbau tut, sowie den Mietwucherern entschieden auf die Finger klopft. Wie würden sie diese Probleme als Bundeskanzler angehen?*

Ich stehe dafür ein, daß sich die Politik auf die wesentlichen Probleme konzentriert, die die Menschen bewegen: Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, innere Sicherheit, Zusammenwachsen der Deutschen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßte sofort ein umfassendes Konzept für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt werden. Dazu gehört: Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit, öffentlich geförderte Arbeit verstärken, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausweiten, Teilzeitarbeit fördern, Qualifizierung intensivieren. Dazu gehören steuerliche Anreize für private Zukunftsinvestitionen, eine bessere Mittelstandsförderung und eine Sofortinitiative für den Bau von Sozialwohnungen. Dazu gehört auch eine stärkere Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Auf dem Parteitag in Wiesbaden haben wir eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz vor Kriminalität beschlossen. Dazu gehören vorbeugende Anstrengungen in den Gemeinden, dazu gehören Bemühungen um eine moderne, gut ausgebildete und ausgestattete bürgernahe Polizei, dazu gehört auch ein Konzept zur Bekämpfung des

organisierten Verbrechens. Wir haben dazu bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet, dessen Schwerpunkt die Beschlagnahmung kriminell erworbenen Vermögens ist. Anders bekommen wir das organisierte Verbrechen, die Drogen-Mafia, nicht in den Griff.

*Frage: Wir haben den Eindruck, daß in Deutschland nur noch das hemmungslose Gewinnstreben vorherrscht. Von der sozialen Marktwirtschaft wird kaum noch gesprochen, nur noch von der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die soziale Gerechtigkeit ist längst auf der Strecke geblieben.*

*Sehen Sie das auch so, und was würden Sie als Bundeskanzler dagegen unternehmen?*

Die größte soziale Ungerechtigkeit der letzten Jahre war die Entscheidung der Bundesregierung, die Einheit Deutschlands zum großen Teil aus Mitteln der Sozialversicherung und damit auch aus den Beiträgen der Arbeitnehmer zu finanzieren. Dies muß von der Allgemeinheit, das heißt aus Steuermitteln finanziert werden. Es liegen finanziell schwierige Jahre vor uns. Umso mehr muß darauf geachtet werden, daß jeder nach seinen Kräften dazu beiträgt, daß es wieder aufwärts geht in unserem Land. Ohne das Vorbild der Eliten kann das nicht gelingen. Im Klartext: Diejenigen mit den finanziell breiteren Schultern müssen auch bereit sein, einen größeren Beitrag zu leisten.

*Frage: Durch das vom Bundestag im Frühjahr vorigen Jahres beschlossene Gesetz zur Entschädigung von NS-Opfern gegenüber den von Kommunisten inhaftierten ehemaligen politischen Häftlingen werden die Kommunisten eindeutig bevorzugt. Wir sind auch der Ansicht, daß aufrechte Widerstandskämpfer gegen Nazis und Kommunisten nicht gleichgesetzt werden können mit den Opfern dieser Diktaturen.*

*Welche Ansicht vertreten Sie?*

Es ist richtig, daß in der früheren DDR die Opfer des Nazi-Regimes unterschiedlich behandelt wurden. Das kommunistische Regime in der DDR kannte nur den kommunistischen Widerstand. Nur in Ausnahmefällen wurden „bürgerliche“ Widerstandskämpfer, die Opfer wurden, anerkannt. In der Bundesrepublik werden alle Opfer des Nazi-Regimes gleichermaßen behandelt. Dabei wird nicht nach den Motiven des Widerstandes gefragt. Aus diesem Grund kann unserer Auffassung nach von einer unterschiedlichen Behandlung nicht die Rede sein. Richtig ist aber auch, daß die Frage der Opferentschädigung nach sozialdemokratischer Auffassung nicht abschließend geregelt ist. Hier muß z.B. an die Gruppe der Zwangssterilisierten, die Opfer der NS-Militärjustiz oder die Opfer von medizinischen Versuchen erinnert werden. Wir arbeiten daran, hier für späte Gerechtigkeit zu sorgen.

*Die Fragen wurden vom Kollegen Hans Bonkas gestellt.*

Zum 70-jährigen Bestehen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatten wir endlich Gelegenheit, unserer von den Nazis ermordeten Kameraden auch im Ostteil von Berlin zu gedenken.

Das vom Reichsbanner mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Seminar führte uns am 20. April 1994 an die Gedenkstätte in Köpenick zur Erinnerung an unseren stellvertretenden Bundesvorsitzenden und SPD-Reichstagsabgeordneten, Johannes Stellin, sowie an die Gedenkstätten Neue Wache und Plötzensee.



Bundesehrenvorsitzender Alfred Körner vor der Neuen Wache



Bundesehrenvorsitzender Alfred Körner an der Gedenkstätte in Köpenick



Bundesehrenvorsitzender Alfred Körner und der Vorsitzende unseres Landesverbandes Bremen, Heinrich Meißner, am Mahnmal in Plötzensee.

**Wir werden unseren ermordeten Kameraden ewig ein ehrendes Andenken bewahren.**

*Hans Bonkas*

**Auf unsere Satire „Ein wahres Märchen aus Deutschland“ von Hans Bonkas hat uns auch die Bundestagspräsidentin, Prof. Dr. Rita Süßmuth, geantwortet. Im folgenden veröffentlichen wir ihr Schreiben:**

Sehr geehrter Herr Körner,  
sehr geehrter Herr Bonkas,

haben Sie recht herzlichen Dank für ihr Schreiben vom 5. Dezember vergangenen Jahres. Aufgrund der großen Anzahl der hier eingehenden Post ist es mir leider heute

erst möglich, Ihnen zu antworten. Ich bitte Sie dafür um Ihr Verständnis.

Soweit Sie mich fragen, was ich dem Sohn von Hans Looser raten würde, so würde ich ihn wohl zunächst fragen, was ihm selbst gegenwärtig und vielleicht zukünftig wichtig ist; wofür er persönlich stehen und einstehen würde.

Ich denke, berufliche Tätigkeit ist das eine, aber bei aller Diskussion über Berufsqualifikation dürfen wir nicht vergessen, daß wir junge Menschen brauchen, die sich mit Engagement und Zivilcourage für unsere Demokratie einsetzen.



Leben ist für mich mehr als nur die reine Sorge um die Existenz und das eigene Wohlergehen. Wo immer wir auf Menschen stoßen, die uns beeindruckten, sind dies Personen, die bereit sind, sich für die von ihnen als richtig erkannten Prinzipien einzusetzen. Aus eigener Anschauung weiß ich dabei sehr gut, daß dies oftmals nicht ein-

fach ist. Die Menschen in der DDR sind 1989 unter Gefahr für ihr Leben mit großem Mut gegen das SED-

Regime auf die Straße gegangen, haben Freiheit und Demokratie gefordert und schließlich auch durchgesetzt. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war die Konsequenz der vom Volk herbeigeführten Wende. Ohne Menschen wie Hans Looser hätte diese friedliche Revolution wohl nicht stattgefunden. Deshalb brauchen wir Personen wie ihn, die mit Mut, Zivilcourage und Engagement Menschenwürde und Demokratie verteidigen.

Soweit Sie mich darüber hinaus um ein persönliches Gespräch bitten, kann ich ihren Wunsch leider nicht erfüllen. Die anstehenden Wahlen wie auch die damit verbundenen zahlreichen Verpflichtungen lassen mir zur Zeit leider keine Möglichkeit, Sie einmal privat zu empfangen. Ich bitte Sie dafür um Verständnis und hoffe, daß wir dies vielleicht einmal in naher Zukunft nachholen können.

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr. Rita Süßmuth

## 70 Jahre Reichsbanner 1924 - 1994 „Wehrhafte Demokratie“?!

Auch einer Mehrheit in einer Demokratie ist nicht alles erlaubt. Sie muß die Grundrechte der Menschen schützen und respektieren. Auch und gerade eine Mehrheit kann tyrannisch entscheiden und regieren (die Geschichte liefert Beweise).

Dieser Gefahr tritt in einer parlamentarisch-liberalen Demokratie der rechtlich garantierte Schutz des Individuums und der Minderheiten entgegen. Der Schutz von Andersdenkenden, von Minderheiten ist Voraussetzung für Kritik und damit für Veränderungen und Fortschritt. Er bewahrt für eine Minderheit die Chance, eines Tages zur Mehrheit zu werden. Mehrheit und Wahrheit fallen in der Politik (wie die Geschichte zeigt) nicht immer zusammen. Die Begriffe wahr und falsch taugen meiner Meinung nach ohnehin nicht für die Politik. Es gibt keine wahre und falsche, sondern nur eine bessere oder schlechtere Politik.

Es gibt (es sollte ihn nicht geben) keinen richtigen oder falschen Demokratiebegriff. Der Streit darüber ist sinnlos, er kann zu keinem Ergebnis führen. Diese Einsichten allein genügen aber nicht, es müssen der liberalen, parlamentarischen Demokratie gemäße Einstellungen und Verhaltensweisen hinzukommen.

Das Funktionieren und Überleben der Demokratie hängt vom Wissen und Willen ihrer Bürger ab. (Es ist doch kein Zufall, daß über zwei Drittel der Staaten in der Welt auf nichtdemokratische Weise regiert werden).

Unsere Verfassung ist ein Gesetz, sie zeigt aber auch, in welcher „Verfassung“ sich ein Volk, ein Staat, eben eine Gesellschaft befindet.

Resumée all dieser Überlegungen: Die parlamentarische Demokratie kann nur so wehrhaft sein und Bestand haben, wie sie von den Menschen, dem „Mann auf der Straße“, eben dem Wähler gewünscht, gefordert und verteidigt wird. Die Freiheit des Menschen, die Sicher-

stellung der Versorgung der Menschen mit allen wichtigen Gütern (u.a. Arbeitsplätze, Wohnungen) sind Voraussetzungen für den leider schon überstrapazierten Begriff des sozialen Friedens. Dies alles soll nun eine abstrakte Größe, nämlich „die Gesellschaft“, tun. Denken, handeln, entscheiden können aber fast immer nur einzelne, nie die „Gesellschaft“.

Der Zustand des politischen Systems und der Demokratie sind labil. Um aktuell zu bleiben: Besonders zur Zeit verbirgt oder versteckt diese Demokratie teilweise eine kaum noch zu kontrollierende Macht. In einer Mischung aus Überforderung, Unsicherheit und Restauration driftet die Gesellschaft nach rechts.

Ich verstehe die Hauptaufgabe des Reichsbanners nicht im Moderieren z.B. zwischen links und rechts oder beim Aufarbeiten der Geschichte, sondern darin, ganz klar die Fakten des sogenannten Istzustandes (verbunden mit einem objektiven historischen Rückblick) aufzuzeigen und entsprechend unserem politischen Verständnis eindeutig Position zu beziehen. Wehrhafte Demokratie kann doch nicht nur eine physische Perspektive im Sinne von Militanz haben. Wehrhaftigkeit ist eine Frage von sozialer Sicherheit, Demokratie und Gerechtigkeit (mit all ihren Facetten wie Umwelt, Kriminalität, Gerichtsbarkeit).

Noch eine Bemerkung zur Gesetzes- und Rechtslage der parlamentarischen Demokratie: Weimar ist nicht am Mangel von Strafbestimmungen zu Grunde gegangen, sondern am Mangel von Menschen, die bereit waren, sich für die parlamentarische Demokratie einzusetzen.

*Hans Brück*

*(Die von mir hier gemachten Aussagen oder Feststellungen sind gewiß nicht neu, können aber meiner Meinung nach nicht oft genug dargestellt und kommentiert werden. Deswegen nennen wir uns auch „Bund aktiver Demokraten“).*

## Reichsbanner intern

Der Landesverband Bremen-Weser-Ems berichtet:

Anlässlich der Feier am 11. März 1994 zum 40-jährigen Bestehen seit der Neugründung des Reichsbanners haben wir die nachstehend genannten Kameradinnen und Kameraden für ihre langjährige Mitgliedschaft, Treue und Einsatzbereitschaft in unserem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit einer Ehrenurkunde und der goldenen Reichsbannernadel geehrt:

**Heino Ernst, Hermann Fahrenholz, Siegfried Gasch, Elfriede Günther, Josef Hollander, Heinrich Meißner, Irmgard Meißner, Karl-Heinz Möhring, Dietrich Westermann, Friedrich Westermann jr., Friedrich Westermann.**

Wir sagen an dieser Stelle den geehrten Kameradinnen und Kameraden nochmals Dank und hoffen auf eine noch recht lange Zusammenarbeit.

*Heinrich Meißner*

## Aus der Geschichte lernen

### Ereignisse und Erkenntnisse im Leben des Reichsbannermannes Alfred Hanussa

*(Fortsetzung aus Ausgabe 1, Februar 1994)*

Der Zug, durch die gewählten oder auch bestimmten Soldatenräte einigermaßen geordnet, zog die Prenzlauer Allee hinunter zum Alex und bog in die Königstraße in Richtung Stadtschloß ein. Unterwegs schlossen sich große Menschenmassen dem Zug an. Parolen wurden gerufen und schnell gefertigte Spruchbänder entrollt. Die Zahl der roten Fahnen nahm ständig zu. Am Schloßplatz standen bereits große Mengen von Menschen. Nur mit Mühe konnten die Soldatenräte durch einen schnell gebildeten Ordnungstrupp, zu dem auch Hanussa gehörte, den Durchgang für Liebknecht und sein Komitee zum Schloßeingang an der Südseite des Schlosses ermöglichen.

Dann betraten Liebknecht und sein Komitee das Schloß durch das westliche Portal an der Schloßsüdseite. Ein Teil des Ordnungstrupps, darunter auch Hanussa, begleitete Liebknecht. Die Matrosen waren kampfbereit, das Schloß zu stürmen und jeglichen Widerstand zu brechen. Aber im kaiserlichen Schloß befand sich, außer ein paar ängstlichen Lakaien, die sich verstört an die Wand drückten, niemand. Im ersten Stock begab sich Liebknecht auf den Balkon des Portals und sprach zu den Massen. Hanussa stand mit seinem Gewehr und aufgepflanztem Bajonett schräg hinter ihm. In dieser Stunde verkündete Liebknecht das Ende des Kaiserreiches und rief die „Freie Sozialistische Republik“ aus. Danach tagten Liebknecht und sein Komitee in einem Raum des Schlosses. Hanussa hielt vor der Tür Wache.

Inzwischen war es Abend geworden. Die Massen waren abgezogen. Draußen war es ruhig. Im Schloß tagte das Komitee des Spartakusbundes. Kuriere kamen und gingen. Hanussa kontrollierte sie. Dann vertagte sich das Komitee auf morgen. Liebknecht kam aus dem Tagungs-

raum und forderte die wartenden Matrosen auf, in das kaiserliche Schlafgemach mitzukommen. Ein Lakai wies den Weg.

Im pompös ausgestatteten kaiserlichen Schlafräum wurde Hanussa Zeuge einer für ihn unauslöschlichen Szene. Liebknecht trat an das kaiserliche Bett heran, schlug die Bettdecke auf und verkündete seinen Begleitern, daß er jetzt, stellvertretend für das Proletariat, Besitz des kaiserlichen Bettes als symbolische Handlung für das Ende des militaristischen und imperialistischen Feudalismus und für den Sieg des Sozialismus nehmen würde. Auf dem Nachttisch drapierte Liebknecht aus seiner prall gefüllten Aktentasche Bücher und Schriften von Marx, Engels, Lenin und Plechanow und begann, Jackett und Weste abzulegen. Danach entledigte er sich seiner Schuhe, Strümpfe und seiner Hose und wies, in Unterhosen, seine Begleiter an, nun den Raum zu verlassen und morgen zur Fortführung der Revolution pünktlich zur Stelle zu sein. Dann bestieg der Revolutionär das kaiserliche Bett.

Die Matrosen standen einen Moment fassungslos vor ihrem Revolutionsführer in Unterhosen und verließen dann das sozialisierte Schlafzimmer. Hanussa war völlig verwirrt. Eine Revolution hatte er sich ganz anders vorgestellt, irgendwie heldenhafter. Aber nun, da er seinen Genossen Vorsitzenden in Unterhosen gesehen hatte und sich diese seltsame skurrile Szene mit der Bettbesteigung vor Augen hielt, kamen ihm die ersten Zweifel. Seinen Admiral, vor dem er einmal paradieren mußte, hätte er nie in Unterhosen sehen können. Er stellte sich vor, wie dieser Admiral wohl in Unterhosen ausgesehen hätte. Mit diesen wirren und abstrusen Gedanken verließ Alfred Hanussa am Abend des schicksalhaften 9. November 1918 das Schloß und begab sich über den Schloßplatz in den gegenüberliegenden Marstall, wo man für die Matrosen eine Unterkunft eingerichtet hatte.

*Fortsetzung in der nächsten Ausgabe*

*Aufgeschrieben von Hermann Kreutzer, der mit Alfred Hanussa im Sommer 1949 im NKWD-Untersuchungsgefängnis in Weimar viele Wochen zusammen in einer Zelle eingesperrt war und dem Alfred Hanussa alles erzählt hat.*

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Am 1. November 1993 ist der Vertrag über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag) in Kraft getreten. Damit wurde der Grundstein für die Europäische Union gelegt, und die Europawahl am 12. Juni bekommt für uns alle eine noch größere Bedeutung.

Dieses Europäische Parlament, das wir nun zum vierten Mal direkt wählen, wird also das erste der Europäischen Union sein. Und somit wird es das erste sein, das wirklich mitentscheiden kann, wenn wichtige Beschlüsse gefaßt werden. Das ist für die Zukunft Europas, für die Zukunft der Menschen von größter Bedeutung.

Die Anziehungskraft der Europäischen Union wird immer größer. Bereits 1995 wird sie 16 Länder umfassen und weitere Länder drängen zur Mitgliedschaft. So werden wir mit über 400 Millionen Menschen zum größten Wirtschaftsraum

der Welt. In der jetzigen Situation der Machtblöcke ist ein Staat allein gegenüber USA, Japan und neueren Machtblöcken Asiens nicht mehr wettbewerbsfähig. Gerade Deutschland als eines der größten Exportländer der Welt hat von der Möglichkeit zollfreien Handelns und der Abschaffung aller technischen Handelshemmnisse im Binnenmarkt große Vorteile. Zwei Drittel unserer Ausfuhren gehen in Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsunion. Das sichert Arbeitsplätze. Auch haben wir Deutschen einen besonderen Grund Brüssel und Straßburg zu danken: Die Europäische Kommission hat sich ebenso wie das Europäische Parlament früh und einhellig für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und für die sofortige Aufnahme der neuen Bundesländer in die EG ausgesprochen. Je mehr Stimmen das Europäische Parlament am 12. Juni erhält, desto mehr Machtbefugnisse wird es erhalten. Durch die Vereinigung Deutschlands haben wir anstatt bisher 81 nunmehr 99 Abgeordnete.

Eine der größten Aufgaben des neuen Parlaments wird es sein, eine neue Verfassung für die Europäische Union zu erarbeiten und vor allem in den Ländern durchzusetzen! Nur ein starkes, demokratisch gewähltes Parlament kann sich durchsetzen! Wenn dies gelingt, kann die Europäische Union besser als bisher in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme sprechen. Nur dann sind die Chancen einer Friedenssicherung in Europa und damit auch in der Welt bedeutend größer und blutige Konflikte, wie die Tragödie auf den Balkanstaaten könnten verhindert werden.

Deshalb und aus vielen anderen Gründen ist die Schaffung und Stärkung eines mächtigen Parlaments und

einer Europäischen Union für die Völker das wichtigste Anliegen und die einzige sichere Grundlage für eine Zukunft ohne Krieg. Ein zurück in das egoistische Machtstreben einzelner Staaten und die damit verbundenen blutigen Auseinandersetzungen (wie gerade jetzt im ehemaligen Jugoslawien) und die ewigen Kriege früherer Jahrhunderte darf es nicht mehr geben. Eine der Voraussetzungen ist vor allem die Stärkung des Europaparlamentes und der Europäischen Union. Nur dann,

wenn diese mit einer Stimme spricht und sich einig ist, können Kriege verhindert werden. **Bei der Europawahl am 12. Juni hat jeder Wähler die Möglichkeit, mit seiner Stimme dazu beizutragen. Wichtig ist, daß niemand seine Stimme einer extremistischen Partei gibt, den Ewig-Gestrigen, die jeden Fortschritt verhindern wollen.**



**DARUM GEHE AM 12. JUNI JEDER ZUR  
EUROPAWAHL UND WÄHLE NUR  
DEMOKRATISCHE PARTEIEN.  
DIE SCHLECHTESTE WAHL IST,  
NICHT ZU WÄHLEN, DENN WIR BRAUCHEN  
DIE EUROPÄISCHE UNION.**

*A. Körner*

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER-Forum aktiver Demokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein